



Aufstieg durch Bildung

Im Januar hat das Kabinett die „Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung“ beschlossen. Die Initiative bündelt bildungspolitische Maßnahmen mehrerer Bundesministerien. Ziel der Koalition ist es, benachteiligte Jugendliche besser zu qualifizieren und dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Zentraler Bestandteil ist ein Ausbildungsbonus für Altbewerber. Mit ihm wollen wir rund 100.000 Jugendliche, die schon lange nach einer Lehrstelle suchen, in Ausbildung bringen.

Obwohl die Zahl der Ausbildungsplätze seit Abschluss des Ausbildungspaktes deutlich gestiegen ist, landen immer noch zu viele junge Menschen in Warteschleifen. Der Anteil an Ausbildungsuchenden, die sich bereits seit einem Jahr oder länger vergeblich um eine Lehrstelle bemühen, ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Inzwischen gibt es über 300.000 Altbewerber pro Jahr. Zwar finden viele dieser Jugendlichen beim zweiten oder dritten Anlauf einen Ausbildungsplatz. Viele andere aber haben ohne zusätzliche Unterstützung kaum Chancen auf eine gute berufliche Qualifizierung.

Zusätzliche Fördermaßnahmen für benachteiligte Jugendliche

Um diese jungen Menschen besser zu unterstützen, hat die SPD-Bundestagsfraktion die Altbewerberproblematik im vergangenen Jahr auf die Agenda der Großen Koalition gesetzt. Unser Ziel ist es, den Ausbildungspakt durch zusätzliche Fördermaßnahmen für benachteiligte Jugendliche zu flankieren. Dabei haben wir frühzeitig eine Anregung aus Wirtschaft und Gewerkschaften aufgegriffen und vorgeschlagen, die betriebliche Ausbildung benachteiligter Altbewerber finanziell zu fördern.

Dieser Vorschlag wird jetzt im Rahmen der Qualifizierungsinitiative umgesetzt. Der Ausbildungsbonus bildet den Kern des Konzepts „Jugend – Ausbildung und Arbeit“, das unter Federführung von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz erarbeitet

wurde, um Jugendlichen mit schlechteren Startchancen noch besser unter die Arme zu greifen.

Ausbildungsbonus als Anreiz für Unternehmen

Mit dem auf drei Jahre befristeten Ausbildungsbonus wollen wir einen besonderen Anreiz für Betriebe schaffen, benachteiligten jungen Menschen eine neue Chance zu geben. Voraussetzung ist, dass die Betriebe zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen und diese mit besonders förderbedürftigen Altbewerbern besetzen. Gefördert werden Altbewerber, die maximal über einen Realschulabschluss verfügen oder seit mehr als zwei Jahren vergeblich nach einem Ausbildungsplatz suchen oder individuell benachteiligt sind. Für diese jungen Menschen war es in der Vergangenheit besonders schwierig, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden.

Die Höhe des Ausbildungsbonus richtet sich nach der Höhe der monatlichen Ausbildungsvergütung der Jugendlichen. Bei Bruttovergütungen unter 500 Euro monatlich beträgt der Ausbildungsbonus 4.000 Euro, bei einer monatlichen Vergütung zwischen 500 und 750 Euro werden 5.000 Euro gezahlt und bei Vergütungen über 750 Euro beträgt der Ausbildungsbonus 6.000 Euro. Der Bonus ist ein einmaliger pauschaler Zuschuss, der unkompliziert und unbürokratisch in zwei Teilbeträgen ausgezahlt werden soll. Die Finanzierung soll aus dem Haushalt der Bundesagentur für Arbeit erfolgen.



Unternehmen müssen mehr Ausbildungsplätze stellen

Mit dieser neuen Maßnahme fördern wir Bildungsabschlüsse statt Warteschleifen und beugen Arbeitslosigkeit vor. Dabei setzen wir ausdrücklich auf einen betrieblichen Förderansatz, der eine hohe Qualität der Ausbildung und gute Arbeitsmarktperspektiven für die Jugendlichen verspricht. Die Kapazitäten in den Betrieben sind vorhanden. Viele Unternehmen bilden nur unterdurchschnittlich aus, jedes zweite ausbildungsfähige Unternehmen überhaupt nicht. Diese Potenziale wollen wir aktivieren.

Die Förderung soll nicht zu Lasten anderer Ausbildungsbewerber erfolgen. Daher ist die Förderung auch an die Kriterien der Zusätzlichkeit bei den Lehrstellen und der Förderbedürftigkeit bei den Jugendlichen geknüpft. Es geht ausdrücklich nicht um dauerhafte Subventionen für Ausbildung, sondern um eine zeitlich befristete Sondermaßnahme zum Abbau der Altnachfrage am Ausbildungsmarkt.

Mehr Beratung und Betreuung für Jugendliche

Neben dem Bonus sieht das Ausbildungskonzept von Arbeitsminister Olaf Scholz weitere Maßnahmen vor. So sollen die ausbildungsbegleitenden Hilfen der sozialpädagogischen Begleitung intensiver eingesetzt werden, um die Betriebe bei der Ausbildung zu unterstützen und lernbeeinträchtigte oder sozial benachteiligte Jugendliche erfolgreich zu einem Berufsabschluss zu führen. Darüber hinaus werden wir die personellen Ressourcen der Berufsberatung verstärken und das gesellschaftliche Engagement von Berufseinstiegsbegleitern (sogenannten Aus-

bildungspaten), die leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler in den letzten Schuljahren individuell und über eine längere Zeit in eine Qualifizierung oder Beschäftigung begleiten, unterstützen.

Fortbildung und Aufstiegspendien

Neben diesen Initiativen zur Ausbildungsförderung enthält die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung eine Reihe weiterer bildungspolitischer Vorhaben der Koalition. Dazu gehören unter anderem ein Fortbildungsprojekt für Erzieherinnen und Erzieher, Aufstiegspendien für Absolventinnen und Absolventen einer dualen Ausbildung, die ein Hochschulstudium anschließen wollen sowie ein Professorinnenprogramm zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft.

Bund und Länder müssen zusammenarbeiten

Insgesamt wird mit der Qualifizierungsinitiative ein Prozess angestoßen, in dessen Verlauf weitere Schritte folgen sollen. Dabei wird die Bundesregierung auch das Gespräch mit den Ländern suchen, in deren verfassungsrechtliche Zuständigkeit viele der drängenden bildungspolitischen Herausforderungen fallen. In wichtigen Handlungsfeldern - wie bei der Reduzierung der Schulabbrecherzahlen oder der Verbesserung der Durchlässigkeit im Bildungssystem - wird es darauf ankommen, gemeinsam mit den Ländern zu klaren Vereinbarungen zu kommen und noch in dieser Legislaturperiode mit ersten Umsetzungsschritten zu beginnen. Bis Herbst 2008 soll die Initiative der Bundesregierung daher mit entsprechenden Maßnahmen der Länder zu einer „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ zusammengeführt werden.

Weiterbildung wird Schwerpunktthema

Für die SPD-Bundestagsfraktion wird die Stärkung der Weiterbildung einen wichtigen bildungspolitischen Schwerpunkt in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode darstellen. In einem ersten Schritt muss nun zügig das in der Koalition vereinbarte Paket aus Weiterbildungsprämie, Weiterbildungssparen und Weiterbildungsdarlehen umgesetzt werden. Hier steht das Bundesbildungsministerium in der Pflicht, endlich die erforderlichen Initiativen auf den Weg zu bringen. Außerdem setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine Reform des Meister-BAföG noch in diesem Jahr ein. Mit der von uns durchgesetzten BAföG-Anhebung haben wir eine 10-prozentige Erhöhung, auch des Meister-BAföG, bereits im Bundestag beschlossen. Nun wollen wir die Leistungen weiter verbessern und die förderfähigen Berufsgruppen erweitern. Mittelfristig bleibt es unser Ziel, die Weiterbildung Schritt für Schritt zur vierten Säule des Bildungssystems auszubauen.